

Viertens ist die Auswahl und Prüfung der Kandidaten durch die Werktätigen an kein kompliziertes oder bürokratisches Verfahren gebunden. Außerdem kennen die Wähler ihre Kandidaten in der Regel aus der gemeinsamen Arbeit im Betrieb oder in den Dörfern und Städten.

Fünftens ist die gewissenhafte Auswahl und Prüfung der Kandidaten eine Voraussetzung für die bewußte Entscheidung der Wähler am Wahltag.

Die Kandidaten für die Wahlen zu allen Vertretungsorganen werden von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen aufgestellt (§ 16 Wahlgesetz). Sie stützen sich dabei auf Vorschläge der Werktätigen und ihrer Kollektive. Die demokratischen Parteien und Massenorganisationen haben entsprechend § 16 des Wahlgesetzes weiterhin das Recht, ihre Vorschläge zum gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front der DDR zu vereinigen. SED, DBD, CDU, LDPD, NDPD, FDGB, DFD, FDJ und Kulturbund²³ nehmen dieses Recht seit den ersten Wahlen zur Volkskammer im Jahre 1950 ständig wahr.

Die Einmütigkeit der Parteien und Massenorganisationen bei den Wahlen zu den Volksvertretungen und die gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front der DDR sind ein Ausdruck des von der marxistisch-leninistischen Partei initiierten und gefestigten Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen. Das Programm der SED bekräftigt die bewährte Zusammenarbeit der SED mit den befreundeten Parteien und Massenorganisationen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR als Prinzip der Bündnispolitik der Partei.²⁴

Anläßlich der Beschlußfassung über das Wahlgesetz erklärte der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front der DDR, Prof. Dr. Dr. Correns, in diesem Zusammenhang in der Volkskammer: „In der bewährten Gemeinschaft unserer sozialistischen Volksbewegung wird die kameradschaftliche Zusammenarbeit aller in der Nationalen Front vereinten Parteien und gesellschaftlichen Kräfte unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse immer enger und findet ihren weithin sichtbaren Ausdruck in der wachsenden politisch-moralischen Einheit unseres Volkes. Auf dieser festen Grundlage unseres gemeinsamen politischen Denkens und Handelns werden wir auch das vorliegende Wahlgesetz nach seiner Bestätigung mit Leben erfüllen!“²⁵

Die gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front war von Anfang an das Ziel wütender Ausfälle der von der westdeutschen Monopolbourgeoisie gesteuerten reaktionären Kräfte. Sie versuchen, mit den Forderungen nach pluralistischer Gesellschaftskonzeption²⁴ und einer angeblich der Demokratie wesenseigenen „Opposition“ politischen Spielraum für antisozialistische, konterrevolutionäre Kräfte zu eröffnen und auf diese Weise den Charakter der Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR zu verändern. Derartige Angriffe waren und sind erfolglos. Es

23 In einigen Orten unterbreitete auch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe eigene Wahlvorschläge.

24 Vgl. IX. Parteitag der SED. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a. a. O., S. 44.

25 Neues Deutschland vom 25. 6.1976, S. 3.